

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
H. A. Schell, Hoflieferant,
Gr. Gerber- u. Breiterstr. 1, Ecke,
O. A. Kisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmstr. 8.
Verantwortliche Redakteure:
F. Nachfeld für den politischen
Theil, A. Beer für den übrigen
redaktionellen Theil, in Posen.

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
H. A. Schell, Hoflieferant & Postler A. G.,
S. J. Paube & Co., Invalidenten.
Verantwortlich für den
Inseratenthail:
F. Altkamp
in Posen.

Nr. 65

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich drei Mal,
am Sonntag und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
am Sonntag und Festtagen ein Mal. Der Abonnementspreis beträgt viertel-
jährlich 4.50 M. für die Stadt Posen, 5.15 M. für
den Rest Deutschlands. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 26. Januar.

Inserate, die sechsgehaltene Zeitschrift oder deren Raum
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite
30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an den Sonntagen
Stellen entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1893

Deutscher Reichstag.

30. Sitzung vom 25. Januar, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des
vom Abgeordneten Hintelen (Str.) eingebrachten Gesetzentwurfs,
betreffend die Unterbrechung der Verjährung im Falle
der Immunität.

Abg. Hintelen (Str.): Mein Antrag ist nicht durch den Fall
Abwardt hervorgerufen worden. Ich habe denselben schon im
vorigen Jahre in der Kommission vorgebracht, die sich mit dem
Gesetzentwurf befaßte. Die Immunität der Abgeordneten im vorigen
Jahre zu beschaffen hatte, und ich hätte ihn auch ohne den Fall
Abwardt in diesem Jahre wieder eingebracht. Den zweiten
Abwardt habe ich zu meinem Antrag hinzugefügt, um zu verhindern,
daß bei irgendwelchen Antragsvergehen die Verjährungsfrist zu
Ungunsten des Verurtheilten verlängert werde. Der erste Satz
besagt etwas Selbstverständliches, ist aber notwendig geworden,
nachdem das Reichsgericht ausgesprochen hat, daß die Verjährung
auch während der Zeit der Immunität fortkläuft. Dadurch wird
nicht nur das Interesse der Rechtspflege geschädigt, sondern auch
die Abgeordneten werden in der Wahrnehmung ihrer Rechte
gehemmt. Ich bitte den Antrag anzunehmen, um ein Privilegium
odiosum zu beseitigen.

Abg. Stadthagen (Soz.): Ich bitte Sie um Ablehnung des
Antrages. Er wird nicht das erreichen, was er erreichen will. Er
kann vielmehr dazu führen, daß die Verjährung überall ausgesprochen
wird. Das bekannte Reichsgerichtskenntnis hat sich nicht ex professo
mit der Frage der Immunität befaßt, sondern sie nur nebenbei ge-
streift. Eine wirkliche Entscheidung des Reichsgerichts in dem ange-
zogenen Sinne liegt gar nicht vor. Andere Gerichte, wie z. B. das
Kammergericht, haben ausgesprochen, daß die Verjährung ruhe. Der
Richter hat es in der Hand, die Verjährung zu unterbrechen, indem
er beim Reichstage die Strafverfolgung nachsucht. Bei Ablehnung
dieses Gesetzes beginnt die sechsmonatliche Verjährungsfrist zu
laufen. Will man Artikel 31 der Verfassung ändern, so muß man
Vorsorge treffen, daß ein Abgeordneter nicht an der Ausübung
seines Mandats gehindert werden kann. Auch ist von Annahme des
Antrages zu befürchten, daß das Odium auf den Reichstag fällt,
er habe sich durch den Fall Abwardt, ungeachtet der Motive des
Antragstellers, zu seinem Votum bestimmen lassen. Will die Regie-
rung Herrn Abwardt seine Strafe abbüßen lassen, so hat sie es ja
in der Hand, den Reichstag aufzulösen, was ja allgemein erwartet
wird. Meine Rechtsanschauung ist übrigens auch in anderen Reichs-
gerichtsurtheilen gebilligt worden, selbst der Oberreichsanwalt
Tessenborf theilt dieselbe. Ich beantrage den Antrag an eine Kom-
mission von 14 Mitgliedern zu verweisen.

Abg. Dr. Hartmann (Blauen, kons.): Die Sache erscheint
nach der Darstellung des Vorredners verwickelter als sie ist. Der
Artikel 31 der Verfassung hat nicht die Absicht, den Mitgliedern
des Hauses ein Privilegium zu geben. Die Verbrechen und Ver-
gehen, die Gott sei Dank bisher allein für Mitglieder dieses Hauses
in Frage kommen, verjähren in sechs Monaten; dauert die Session
länger, so sind sie verjährt. Der Antrag ist nun in keiner Weise
auf den Abg. Abwardt zugeschnitten. Die Entscheidung des
Reichsgerichts über die Verjährungsfrage, die mit der allgemeinen
Rechtsauffassung in direktem Widerspruch steht, ist der Grund zu
diesem Antrag gewesen, in dem ein gesunder und vernünftiger Ge-
danke zum Ausdruck kommt. Ich bitte sofort in die zweite Beratung
einzutreten.

Abg. Dr. v. Marquardsen (nl.): Schon am 5. Dezember
1891 habe ich hervorgehoben, daß man gegen die Mißstände, die
aus der Länge der Session für Strafverfolgungen der Abgeord-
neten eintreten können, im Wege der Gesetzgebung vorgehen müsse.
Dann erfolgte das bekannte Reichsgerichtskenntnis. Ich gebe
dem Antrag meines alten Freundes und Studiengenossen Hintelen
meine volle Zustimmung, die Verbrechen des Abgeordneten Stadt-
hagen sind völlig durch die Ausführungen des Vorredners gehoben.

Abg. Dr. v. Bar (freil.): Man muß vorbeugen, daß das Recht
der Immunität nicht in Straffreiheit ausartet, und deshalb bin ich,
abgesehen von juristischen Gründen, für den Antrag. Die vor-
geschlagene Aenderung ist eine einfache Konsequenz des Verjährungs-
paragraphe und der Reichsgerichtsentcheidung.

Abg. Stadthagen (S.-D.) bittet nochmals um Ablehnung des
Antrages.

Abg. Dr. Hartmann (kons.) erklärt die Behauptung, der An-
trag sei in Folge des Falles Abwardt gestellt, für eine objektive
Unwahrheit.

Da die sozialdemokratischen Abgeordneten Widerspruch dagegen
erheben, daß die zweite Beratung sofort vorgenommen wird, und
der Antrag auf Kommissionsberatung keine Annahme findet, wird
die zweite Beratung demnächst im Plenum stattfinden.

Hierauf wird die Beratung des Antrags Adermann
(kons.) betreffend die Konsumvereine u. s. w. fortgesetzt in
Verbindung mit der ersten Beratung der Zentrumsanträge, be-
treffend die Erwerbs- und Wirtschaftsvereine,
die Abänderung der Gewerbeordnung
und die Konsumvereine.

Abg. Adermann (kons.) begründet seinen Vorschlag durch den
Hinweis auf die mannigfachen Schäden, welche die Konsumvereine
für Kaufleute und Kleinhandlender mit sich bringen.

Abg. Hise (Str.) befürwortet den Antrag Adermanns.

Abg. Clemm = Ludwigshafen (nl.): Mit einer solchen Be-
stimmung wird den Konsumvereinen der Todesstoß verleiht. Denn
sollte dieselbe Gesetz werden, dann wird sich kein Ladeninhaber
mehr finden, der für die Konsumvereine verkauft, wenn er sich
jeden Tag gesetzlich strafbar machen kann, außerdem haben manche
Konsumvereine gar keine eigenen Läden. Wenn behauptet wird,
die Vereine bezahlten nicht die volle Steuer, so ist das auch falsch;
sie müssen ebenso Steuern, wie jeder andere Kaufmann.

Abg. Stolle (S.-D.): Der Antragsteller hat keinen tatsäch-
lichen Nachweis für die angeblichen schädlichen Wirkungen der
Konsumvereine beigebracht. Die Behauptung, daß die Konsum-
vereine steuerfrei seien, trifft auch nicht zu. Daß die Konsumvereine
Gewinn haben, ist ja selbstverständlich; denn jedes große

Unternehmen wirft einen größeren Gewinn ab als ihn die kleinen
Ladeninhaber haben. Wenn Sie den Antrag annehmen, reißt
Sie nieder, was hunderttausend fleißige Hände aufgebaut haben.

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.): Die Befürchtungen des Abge-
ordneten Clemm sind, glaube ich, unbegründet, und die landwirth-
schaftlichen Konsumvereine, die er angeführt hat, gehören nicht
hierher. Aber auch materiell ist der Antrag begründet, es handelt
sich bei ihm um eine sozial politische Maßnahme. Das solide Hand-
werk muß geschützt werden. Mißstände sind doch vorhanden, wenn
sie auch nicht allförmig belegt werden können.

Abg. Dr. Schneider (Nordhausen, dfr.): Der größte Theil der
Mitglieder der Konsumvereine besteht aus Arbeitern. Deshalb
denken die Herren nicht an das Waarenhaus für deutsche Beamte
und die Offizier-Konsumvereine? Ihr Bestand ist ja an sich schon
merkwürdig genug; denn weshalb ist den Offizieren dieses Privilegium
ertheilt, und die Beamten werden zum Beitritt zum Waarenhaus
durch ihre Vorgesetzten gezwungen. Die beiden Anträge lassen voll-
ständig außer Acht, daß im Genossenschaftsgezeß in bestimmten
Fällen der Verkauf von Waaren an Nichtmitglieder gestattet ist.
Nicht man das unmöglich, so wird der Geschäftsbetrieb illusorisch,
es bleibt nichts übrig, als die Waaren ins Wasser zu werfen.
Warum sollen die Konsumvereine das nicht thun können, während
es doch z. B. dem Offizierkonsumverein gestattet ist? Man hat
gemeint, die Waarenabgabe an Nichtmitglieder widerspreche dem
genossenschaftlichen Prinzip. Das ist unrichtig, denn dann wären
Produktionsgenossenschaften gar nicht denkbar. Die Handwerker selbst
sind garnicht so beärgert nach dem Schutz gegen die Konsumvereine;
denn 14 bis 15 Prozent der Mitglieder der Konsumvereine sind
selbständige Handwerker. Es handelt sich hier lediglich um einen
Schutz des kleinen Handels, und das wird zu einem Schutz des
Kleinhandels gegen den Arbeiter. Bei dem Zustandekommen des
Genossenschaftsgezeßes wurde bereits ein Antrag gestellt, daß die
Abgabe von Waaren an Nichtmitglieder strafbar sein soll. Die
Gründe, welche damals gegen denselben angeführt wurden, treffen
auch heute noch zu. Sollte dieser Antrag wirklich Annahme finden,
dann wird ein nennenswerther Erfolg zu Gunsten des Kleinhandels
nicht erreicht werden. Denunziationsucht seitens der Kleinhandl-
er gegen die Konsumvereine wird Blaz greifen. Ich möchte nicht mit
dazu beitragen, das moralische Niveau der deutschen Kleinhandl-
er erniedrigen zu helfen.

Abg. Dr. Buhl (natl.): Durch den Antrag wird der Mittel-
stand nicht nur nicht geschützt, sondern geschädigt. Auch die land-
wirthschaftlichen Konsumvereine würden geschädigt werden. Diesen
Mißständen würde abgeholfen werden, wenn das Verbot auf die
„steuerfreien“ Konsumvereine beschränkt würde.

Abg. Schenk (df.): Seit 1885 haben alle Konsumvereine in
Preußen, auch diejenigen, die nur an Mitglieder verkaufen, Ge-
werbesteuer zu zahlen. Nach dem neuen Gewerbesteuergezeß sind
die Konsumvereine steuerfrei, die keinen offenen Laden haben. Von
einem Privilegium in dieser Beziehung kann also nicht die Rede sein.
Die Konsumvereine haben 1/4 Millionen Mitglieder, und diese ge-
hören den minder gut finanzierten Gesellschaften an. Ihnen
helfen die Konsumvereine zur Besserung der wirtschaftlichen Lage.
Die Konsumvereine werden durch den Antrag schwer geschädigt
werden, denn viele sind auf den Absatz ihrer Waaren an Nichtmit-
glieder angewiesen.

Ein Vertagungsantrag wird angenommen.
Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr (Etat, darunter Etat des
Reichsamts des Innern.)
Schluß 3 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

21. Sitzung vom 25. Januar, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Auf der Tagesordnung steht die zweite **Staatsberatung**.
Beim Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten
erklärt:

Abg. Dr. Arendt (frk.): Der Reichskanzler hat im Reichs-
tage gelegentlich der Währungsdebatte von einem Herrn Arendt
gesprochen, der in Brüssel auf der Währungskonferenz erschienen
sei. Ich würde über die Geringfügigkeit meiner Person, die in
dieser Aeußerung enthalten ist, stillschweigend hinweggehen, wenn
ich nicht der Meinung wäre, daß es eine Verpflichtung jedes Mit-
gliedes dieses Hauses ist, die Würde dieses Hauses bei jeder Gelegenheit
wahrzunehmen. Es verletzt aber die Würde des Hauses, wenn Seitens
eines Mitgliedes der königlichen Staatsregierung in dieser Form
öffentlich von einem Mitgliede der Kammer gesprochen wird. Ich
beschränke mich deshalb darauf, den Minister des Auswärtigen auf
die parlamentarischen Gepflogenheiten aufmerksam zu machen, nach
welchen Mitglieder dieses Hauses als Abgeordnete bezeichnet zu
werden pflegen, und den Minister zu ermahnen, wenn er wieder
meine Person in die öffentliche Debatte zieht, so lange ich die Ehre
habe, diesem Hause anzugehören, mich als Abg. Dr. Arendt anzu-
führen. Im Uebrigen tröste ich mich mit dem historischen Beispiel
des „Subjektis nomen Stein, wie Napoleon den Freiherrn von
Stein genannt hat.“

Der Etat wird darauf bewilligt, ebenso der Etat des Kriegs-
ministeriums.

Beim Etat der Gutsverwaltung verlangt
Abg. Lamprecht (kons.) eine Verbesserung der Qualität und
eine Vermehrung der Beschälter, sowie eine Verbilligung des Be-
schälens im Interesse des kleinen Besitzers.

Abg. Frhr. v. Döbenack (kons.) schließt sich diesem Wunsche
an und bemerkt außerdem, daß für Brandenburg eine weniger edle
Rasse vorthellhafter sei. Mit der Brabanter Pferde hätte man
schlimme Erfahrungen gemacht. Ferner fordert Redner die Wieder-
herstellung des Hauptgestüts in Neustadt zur Hebung der Pferde-
zucht in der Provinz Westpreußen.

Abg. Dunkelberg (nl.) spricht der Regierung seinen Dank für
das aus, was sie für die Hebung der Pferdezucht in der Rhein-
provinz gethan habe.

Abg. Frhr. v. Plettenberg beklagt es, daß in der Rhein-
provinz Experimente mit kalblütigen Pferden vorgenommen wor-

den seien und warnt, um Deutschlands Befähigkeit zu erhalten,
davor, diese Experimente in anderen Provinzen nachzumachen.

Landwirthschaftsminister **v. Seyden** erwidert, daß aus den
Gestüts der östlichen Provinzen Kaltblüter ganz ausgeschlossen
worden sind.

Abg. Frhr. v. Minnigerode (kons.) bemängelt die Höhe der
Kosten für ein neues Wirthschaftsgebäude auf einem Vorwerk in
Trakehnen.

Landwirthschaftsminister **v. Seyden** erklärt, daß die be-
sonderen Verhältnisse des Ortes einen so kostspieligen Bau er-
fordern.

Abg. Papendieck (dfr.) hält ebenfalls die Kosten für zu hoch,
selbst wenn noch so vortreflich gebaut würde. Angesichts solcher
luxuriöser Bauten könnte man glauben, daß unsere Finanzlage eine
besonders günstige sei. Es handele sich hier um bloße Wirthschafts-
gebäude. Die Landwirthe, die hier im Hause sitzen, bauten alle
viel billiger. Es werde vorläufig auch der Bau eines Zieglei-
slingofens gefordert. Dieser sei aber so groß angelegt, daß auf
10 0 Ziegel 19 Mark Unkosten kämen. Redner beantragt, zuerst
die Forderung für den Ringofen zu bewilligen und später erst die
Forderung für die Bauten, die ja dann aus den in jenem Ringofen
verfertigten Ziegeln hergestellt werden könnten.

Landwirthschaftsminister **v. Seyden** erwidert, daß die Er-
stellung der Baulichkeiten schon jetzt sehr nöthig sei. Das Haus
möge daher den Vorschlag des Abg. Papendieck ablehnen.

Die Forderung für den Neubau eines Alterspferde- und Ohren-
stalles auf dem Vorwerk Bajorgraben, Hauptgestüt Trakehnen,
wird darauf abgelehnt, dagegen die Forderung für einen Ring-
ofen angenommen.

Der Rest des Etats wird bewilligt, ebenso die Etats des Abge-
ordnetenhaus und Herrenhauses.

Es folgt der Etat der Justizverwaltung.
Abg. Schmitz-Expelenz (Str.): Die Sportelgesetze stammen aus
vorurtheillicher Zeit, und die Sporteln richten sich heute nicht
mehr nach dem Grundsatz der Leistungsfähigkeit. Die Sporteln im
Vormundschaftsweisen, die an die Staatskasse abgeführt werden, sind
viel zu hoch. Dasselbe ist der Fall bezüglich des Grundbuchwesens.
Heute kommt es vor, daß von demselben Geschäft vierfache Ge-
bühren erhoben werden.

Geh.-Rath Vierhaus: Unter ganzes gerichtliches Sportelwesen
beruht auf der Gesetzgebung von 1851. Die angeregten Fragen
haben eine sehr tiefgreifende Bedeutung auch in finanzieller Hinsicht.
Die Regierung dankt für die Anregung und verkennt nicht, daß
darauf hingewirkt werden müsse, gerade die gründerwürdigen Objekte
nicht so hoch zu belasten. Wenn die Regierung an eine Aenderung
der Gesetzgebung herangeht, so wird sie die Anregungen des Vor-
redners in Betracht ziehen.

Abg. Knebel (nl.): Die Mißverhältnisse im Sportelwesen, die
für den Grundbesitz entstehen und namentlich den kleinen Mann
treffen, treten immer schärfer hervor. Diese Uebelstände müssen
möglichst bald beseitigt werden.

Abg. Wödlfer (Str.): Mit Freude konstatire ich die erheb-
liche Verbesserung des Justizetats durch Einstellung neuer richter-
licher Beamten. Aber die Zahl reicht noch immer nicht aus, um
der Forderung des Gerichtsverfassungsgezeßes zu entsprechen, daß die
Thätigkeit des Richters auch wirklich von etatsmäßig angestellten,
vom König berufenen Richtern ausgeübt werde. Es bleibt Amts-
richter, die an einem Tage 80 Termine zu erledigen haben. Gegen
solche Mißstände muß die Justizverwaltung die Mittel herbeizufin-
schen wissen. In einem Termine, in der eine Handelsfache mit
den beikatesten Fragen verhandelt wurde, mußte die Verhandlung
an einem Tage zu Ende geführt werden, und das Urtheil nebst
Begründung umfaßte 16 Seiten. Wir wird versichert, daß von
den Richtern das Urtheil oft schon vorher festgestellt und in die
Sitzung mitgebracht wird. Das kommt von der Arbeitsüber-
häufung, die in allen Theilen der Monarchie herrscht. (Widerspruch.)
Auch eine bessere Vertheilung der Geschäfte namentlich mit Rück-
sicht auf die Termine für die ländlichen Bewohner muß erfolgen.
Ebenso muß eine Aenderung der Aufsichtsbefugnisse des Oberlandes-
gerichtspräsidenten eintreten. Diese sollten angehalten sein, alle ihre
Verfügungen vorher abschließend dem Justizminister mitzutheilen.
In der letzten Zeit sind über den Gang von Gerichtsverhandlungen
und über die Urtheile der Richter von Kollegen abweichende Ur-
theile gefällt worden, die ich Anstand nehme hier wiederzugeben.
Diese Dinge haben überall den peinlichsten Eindruck hervorgerufen.
Ich will hier nicht materiell Kritik üben. Aber das Eine möchte
ich hier hervorheben, daß zu viel Subjektivismus in die
Leitung der Verhandlungen eintritt. Man hat nicht
Unrecht im Publikum, wenn man glaubte während der Verhand-
lungen schon zu sehen, welche Ansicht man am Richtertische über
die Schuld des Angeklagten hatte. Das darf nicht sein. Der vor-
sitzende Richter muß sich vor allem der Objektivität befleißigen.
(Sehr richtig! rechts.) Der Subjektivismus aber ist gefährlich, be-
sonders in Geschworenensachen, wo die Geschworenen in zweifel-
haften Fällen nur auf die Ansicht des Richters ausbilden. Wir
haben gesehen, daß in Prozessen Urträge abgelehnt wurden mit be-
gleitenden Bemerkungen, welche verletzen konnten. Wir haben ge-
hört, daß Urtheile publiziert wurden mit Aeußerungen, die besser
unterblieben wären, mit Aeußerungen, die theilweise aufgefaßt wer-
den konnten als Invektiven gegen Draußenstehende. Die Richter
aber sollen nur auf dem Standpunkt des Verweirungsbeschlusses
stehen, d. h. der Angeklagte soll nur als verdächtig behandelt wer-
den, aber nicht als einer, der schuldig oder unschuldig ist. Auch der
Staatsanwalt ist oft vorgegangen mit einer Schärfe in der
Form von Anträgen, die auf eine gereizte Stimmung schließen
ließen. Das mag erklärlich sein, aber es sollte doch nicht sein.
Auch der Verteidiger hat oft gefehlt. Er hat doch nur den
Verur, den Angeklagten vor Unrecht zu schützen und daneben der
Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen. Wenn ich hier ein abwei-
chendes Urtheil ausspreche, so geschieht es, damit nicht gesagt werden
kann, beim Etat der Justizverwaltung haben die Mitglieder der
Justiz geschwiegen, nur andere haben das Wort ergriffen. Ich
habe mit dem Justizminister persönlich über diese Dinge gesprochen;
er ist meiner Meinung nicht entgegengetreten. Die öffentliche Mei-
nung will wissen, wie man an der höchsten Stelle darüber denkt.

